

Die Junkerpresse.

Bernunft und das Wahlmanuskript des Kanzlers.

Der Appell umsonst.

Aus dem konservativ-liberalen Bündnis gegen das Centrum und die Sozialdemokratie wird nichts. — Morgen wird der preussische Landtag mit einer Thronrede eröffnet werden. — Eine neue Polen-Vorlage angekündigt, welche die Ostmarken-Politik auf eine gesündere Grundlage stellen soll. — Die Regierung der Kap-Colonie hat die Grenzen von Deutsch-Südwestafrika gegen die Invasur angeblich bis auf weiteres geschlossen.

Berlin, 7. Jan. Der deutsche Reichskanzler Fürst von Bülow hat mit seinem Wahlmanuskript gerade das Gegenstück von dem erreicht, was er erzielen wollte. Aus dem von dem Kanzler befristeten konservativ-liberalen Bündnis gegen das Centrum und die Sozialdemokratie wird nichts. Nur in sieben der 396 Wahlkreise ist bis jetzt ein Kartell der regierungsfreundlichen Parteien zu Stande gekommen. Der Bloch-Plan des Kanzlers scheitert hauptsächlich an der Haltung des Junkertums. Das Organ der Feudalherren, die „Kreuzzeitung“, fällt während über Bülow her und bezeichnet seinen Vorschlag, daß die Konservativen dem Liberalismus die Hand reichen sollen, als „schlechten Spöthetentum“ und Unverfrorenheit. Das Junkerblatt begünstigt, zum Verger des Kanzlers, direkt ein Bündnis der Konservativen mit dem Centrum gegen den Liberalismus jeder Schattierung. Auch im Lager der Liberalen findet der Appell Bülow's keinen Widerhall. Die liberale Presse ist fast einstimmig der Ansicht, daß die Regierung im Trüben fischen möchte und die freisinnigen Parteien, wie schon wiederholt, über Bord werfen wird, sobald sie dies nicht mehr braucht. So schreibt z. B. das „Tageblatt“: „Die liberalen Wähler haben noch nicht vergessen, wie sie vor zwanzig Jahren, als sie den verschaffenen Regierungskursen flucht machten, verrathen und verkauft wurden. Bülow hat im Reichstag niemals ein Hehl aus der Verachtung gemacht, mit welcher er auf den Liberalismus herabblüht. Sein jetziges Werden um die Gunst der freisinnigen Elemente muß daher entschieden zurückgewiesen werden.“

Berlin, 7. Jan. Morgen wird der preussische Landtag seine Sitzungen beginnen und durch eine Thronrede eröffnet werden, deren Wortlaut bereits fertig gestellt ist. Von offizieller Seite wird eine neue Polen-Vorlage angekündigt, welche namentlich bestimmt ist, die Ostmarken-Politik durch Gewährung schärferer Handhaben für den Kampf um den Boden auf gesündere Grundlagen zu stellen. Es sollen nicht nur neue Geldmittel bewilligt werden, um die An siedlungs-Politik wirksam fortzusetzen, sondern es handelt sich auch um die Verhärtung der bisherigen Machtmittel des Staates, um einer ungeunden Preissteigerung von Grund und Boden zu begegnen. Die rechtzeitige Erledigung des Staatshaushaltsplans mag einige Schwierigkeiten bereiten. Für die Beratungen steht in beiden Häusern des Landtags eine besonders knappe Zeit aus dem Grunde zur Verfügung, weil Ostern bereits auf den 31. März fällt, mithin der Sessionsabschnitt vor Ostern nicht viel über den 20. März hinaus sich erstrecken wird. Während dieser Zeit werden zudem andere gesetzgeberische Arbeiten vorzunehmen sein, insbesondere die ersten Erörterungen solcher Vorlagen, welche einer kommissarischen Vorberatung bedürfen, damit die Session sich nicht ungebührlich in den Sommer hineinzieht.

Berlin, 7. Jan. Eine höchst unangenehme Ueberraschung bereitet eine heute aus London eingetroffene Nachricht. Darnach hat die Regierung der Kap-Colonie die Grenze von Deutsch-Südwestafrika gegen die Invasur geschlossen, bis gewisse schwebende Streitfragen erledigt sind. Man kann sich auf diese Maßregel keinen rechten Verstand machen, da es erst vor ganz kurzem hieß, daß bei den Konferenzen in London, welche der dortige deutsche Botschafter, Graf Wolff-Metternich, und der Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, Herr v. Vindequitt, mit den britischen maßgebenden Faktoren gehabt, ein völliges Einvernehmen erzielt worden sei. Man war der Ansicht, daß nicht nur eine Verständigung hinsichtlich der Grenzschiedscheidung, sondern auch Wege gebracht worden sei, sondern auch sonstige Fragen ihre Erledigung gefunden hätten. Ein solcher Ausschluß über den Stand der Dinge wird für höchst wünschenswert erklärt.

Aus Mexico City wird gemeldet, daß der bereits verloren geglaubte Dampfer „City of Panama“ im Hafen von Mazatlan, Mexico, eingetroffen ist.

Derbe Abfuhr.

Norddeutsche Allgemeine nagelt Wahlhügel fest.

Unhaltbare Anschuldigungen.

Alle Nachrichten von Grausamkeiten, die deutsche Beamte in den Kolonien an den Eingeborenen verübt haben sollen, werden von dem offiziellen Organ als Klatsch bezeichnet. — In verschiedenen Theilen Deutschlands hat eine sehr lebhaft Agitation zur Verheiligung der Fleischhacker begonnen. — Die Fest ist namentlich im Westen des Reichs der Fall. — Der Wiener Männer-Gesangverein wird am 20. April nach Amerika abreisen.

Berlin, 8. Jan. Allem Anschein nach benutzte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in dem gegenwärtigen Wahlkampf jede Gelegenheit, den Gegnern der Regierung eine derbe Abfuhr zuteil werden zu lassen. In entschiedener Weise tritt das offiziöse Organ allen unhaltbaren Anschuldigungen, welche Sozialisten und Centrum in Flugblättern und Wahlreden in die Welt schleudern, entgegen. Beide Parteien haben neuerdings die alten Nachrichten von den angeblich seitens deutscher Beamten in den Kolonien den Eingeborenen gegenüber verübten Grausamkeiten wieder aufgewärmt und daraus politisches Kapital zu schlagen versucht. Diese Gräueltaten sind bezeichnet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ als Klatsch und erinnert daran, daß der Centrumsabgeordnete Noeren außer Stande gewesen wäre, für die meisten seiner Anschuldigungen einwandfreie Beweise vorzubringen. Aber das offiziöse Mundstück der Regierung läßt es bei dieser Zurückweisung nicht bewenden. Das Blatt hält den Centrumsleuten entgegen, daß die aufständischen Schwarzen erwießenermaßen nicht bloß gegen deutsche Krieger, sondern auch gegen wehrlose Ansiedler die schrecklichsten Grausamkeiten verübt hätten, und knüpft hieran die Mahnung, lieber den eigenen Landestindern, als barbarischen Unholden Sympathien entgegenzubringen.

Berlin, 8. Januar. Die Agitation zur Beseitigung der sich immer empfindlicher fühlbar machenden Fleischsteuer hat in verschiedenen Theilen Deutschlands neuerdings wieder mit großer Schärfe eingesetzt. Namentlich ist das im Westen des Reichs der Fall. Viele Städte in Hessen, Hannover und benachbarten Provinzen haben beschlossen, in dieser Frage gemeinsame Sache zu machen und in energischer Weise vorzugehen. Sollen ihre neuen Vorstellungen bei der Staatsregierung den gewünschten Erfolg nicht erzielen, dann wollen sie in einer Immediateingabe dem Kaiser auf die infolge der Fleischsteuer immer drückender werdende Nothlage unter der Arbeiterklasse aufmerksam machen und um geeignete Maßnahmen zur Linderung der Noth bitten.

Wien, 8. Januar. Der Wiener Männer-Gesangverein, über dessen im nächsten Frühjahr bevorstehende Amerika-Fahrt bereits wiederholt berichtet worden ist, ist auf das Eifrigste mit der Aufstellung seines Reiseprogramms beschäftigt. Eine der wichtigsten Fragen, die der eigentlichen Reise, hat soeben ihre Erledigung gefunden. Der Verein wird mit der Yacht „Oceana“ der Hamburg-Amerika-Linie, Kapitän Martin Meyer, am 20. April von Genua die Sängereinfahrt nach den Gestaden der Neuen Welt antreten. Sämtliche Mitglieder des berühmten Vereins sehen der Amerika-Reise und ihrem Aufenthalt im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten mit freudiger Erwartung entgegen.

Verlangt Ausgangshafen.

Wichtige Aenderungen von der White Star Linie bekannt gegeben.

New York, 8. Jan. Die White Star-Linie wird vom 5. Mai ab ihren britischen Ausgangshafen von Liverpool nach Southampton verlegen. Auf der Reise nach Osten laufen die Dampfer auch Plymouth und Cherbourg an, auf der Reise nach Westen Cherbourg und Queenstown. Seit 36 Jahren war Liverpool der britische Ausgangshafen der White Star-Linie. Der Grund ist, daß die Ozeanreisenden mehr und mehr die Häfen am Canal dem abgelegenen Liverpool vorziehen.

Städtische Polizei entlassen.

Lourens, Frankreich, 8. Jan. Der Bürgermeister dieser Stadt hat die ganze städtische Polizeimannschaft entlassen, weil die Union der Polizisten in der Stadt Circulare verbreitet hatten, in denen darüber Klage geführt wird, daß in den meisten Straßen Truppen patrouillieren. Außerdem wird in den Circularen darauf aufmerksam gemacht, daß die Polizisten höhere Forderungen stellen werden.

Gemeindebestraft

Wollte sich als Culturverein organisieren.

Geistlicher abberufen.

Alle bischöflichen Amtswohnungen, Rektorien und Seminarier, von denen die Regierung Besitz ergriffen hat, werden als Erziehungsanstalten oder als Museen benutzt werden. — Beide Häuser des Parlaments haben ihre Sitzungen heute wieder eröffnet. — Bestimmung des Finanzministers Cailloz betreffs Imprägung der Münzen. — Nachrichten von Kaisuli. — Interessanter Vortrag des Herzogs der Abruzzen über seine Reise in Afrika.

Paris, 8. Jan. Um die katholischen des Kantons Quend, das etwa 76 Meilen von Amiens gelegen ist, dafür zu bestrafen, daß sie den Vorschlag zur Bildung von Kultusgemeinschaften gemacht haben, hat Monsignor Dijon, der Bischof von Amiens den Gemeindepfarrer in Quend abberufen, so daß die Gemeinde ohne Seelsorger gelassen ist und überhaupt keine Gottesdienste abhalten kann.

Paris, 8. Januar. Kultusminister Briand sagte heute, daß die von der Regierung confiscirten bischöflichen Amtswohnungen, Rektorien und Seminarier theils als Museen und theils als Unterrichtsanstalten benutzt werden sollen. Das berühmte St. Sulpiz-Seminar wird ein Theil des Luxemburg-Museums werden. Finanzminister Cailloz hat heute den Befehl gegeben, daß auf allen Münzen statt der bisherigen Worte: „Gott beschütze Frankreich“ die Worte: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ geprägt werden sollen. Dieses geschieht in Uebereinstimmung mit einem am 1. Dezember letzten Jahres vom Parlament angenommenen Amendement zur Budget-Vorlage.

Paris, 8. Januar. Heute traten hier beide Häuser des Parlaments wieder in Sitzung zusammen und wählten ihre alte Beamten wieder mit Ausnahme von Cailloz, dem vierten Vice-Präsidenten der Deputirtenkammer, der inzwischen zum Finanzminister ernannt worden ist. An seine Stelle wurde der frühere Kriegsminister Etienne gewählt.

Rom, 8. Jan. Vor einer aus etwa 500 Personen, meistens Gelehrten, bestehenden Versammlung hielt der Herzog der Abruzzen gestern Abend einen illustrierten Vortrag über seine Bestimmung des Mount Ruwenzori in Uganda, Afrika. Unter den Zuhörern befanden sich König Victor Emanuel, Königin Helena, die Prinzessin der Königin Familie, der Botschafter der Vereinigten Staaten White und mehrere andere Mitglieder des diplomatischen Corps. Nachdem der Herzog seinen Vortrag beendet hatte, wurde ihm im Namen der Königin eine goldene Medaille überreicht.

Paris, 8. Januar. Herr Pichon, der Minister für auswärtige Angelegenheiten, erhielt heute von dem französischen Gesandten in Tanger, Regnault, eine Depesche, in der mitgeteilt wird, daß der Scheik des Madras-Stammes, bei dem Kaisuli einen Unterschlupf gesucht hat, mit dem marokkanischen Marineminister betreffs Kapitulation verhandelt.

Tanger, Marokko, 8. Januar. Gestern Abend wurde hier plötzlich das Gerücht verbreitet, daß der gefürchtete Räuberhauptmann Kaisuli gefangen genommen worden sei. Bis heute Mittag war das Gerücht noch nicht offiziell bestätigt. Die zuständigen Behörden behaupten nur, daß Kaisuli sich in seiner Noth zu seinem Schwager Bilam geflüchtet habe, der dem marokkanischen Kriegsminister bereits früher das Verprechen gegeben haben soll, daß er Kaisuli bei der ersten sich ihm bietenden Gelegenheit den Regierungstruppen überliefern werde. Die Flucht Kaisuli's hat auf die Mitglieder des Anharjats und anderer Stämme einen beruhigenden Einfluß ausgeübt.

Als Leiche gefunden.

Bekannter Arzt und Schwiegerohn des verstorbenen Gouv. Hoobien.

Portland, Ore., 8. Jan. Unter der Brücke an Jefferson Straße fand man gestern Nachmittag die Leiche des bekannten New Yorker Arztes Dr. Philip Edward Johnson. Eine Untersuchung ergab, daß der Arzt Raubmördern in die Hände gefallen ist, die ihm zuerst Geld und Wertgegenstände abnahmen und ihn dann von der Brücke herunterwarfen, wobei er anscheinend seinen Tod gefunden hat. Dr. Johnson traf unlängst mit seiner Gattin, einer Tochter des verstorbenen Gouverneurs Hoobien von Ohio, hier ein und wohnte im Hotel Normandie.

Versteht es nicht.

Gouv. Bardec über die Botschaft Roosevelt's.

Die japanische Frage.

In seiner Botschaft an die Staatsgesetzgebung sagt der Gouverneur von Californien, daß weder der Präsident noch die Bewohner östlicher Staaten im allgemeinen die japanische Frage in San Francisco verstehen können. — Japaner und Chinesen werden sich nach der Ansicht Bardec's nie mit den Bewohnern der Vereinigten Staaten verschmelzen, sondern stets ein abgeordneter Volksstamm für sich bleiben. — Eine Verleumdung, des Vertrags liegt nicht vor.

Sacramento, Cal., 7. Jan. In seiner der Staatsgesetzgebung heute zugestellten Botschaft sagt Gouverneur Bardec über die schon so oft erwähnte Schulfrage folgendes: „Man kann mit ziemlicher Bestimmtheit sagen, daß der Präsident die Lage an der Küste und vor allem in Californien nicht kannte, als er den Theil der Botschaft an den Congreß verfasste, der die japanische Frage in San Francisco behandelt. Wie alle anderen Bewohner des Ostens, die mit den Japanern und Chinesen, die wir nicht haben wollen, keine Erfahrung haben, versteht auch der Präsident nicht die Rassenschiede zwischen den Japanern, Chinesen und den Völkern lautsprachlicher Rasse. Da die Bewohner östlicher Staaten nur mit einzelnen wohlvertrauten und gebildeten Vertretern dieser beiden Volksstämme in Berührung kommen, so können sie es gar nicht wissen, daß die Einwanderung nur eines kleinen Theils dieser Völker die Monopolisirung der Beschäftigung, der sie nachgehen, bedeutet. Das würde ja dem Publikum im allgemeinen kaum schaden, wenn die solche Beschäftigung Monopolisirenden der Bürgerschaft dieses Landes in dieser oder in der nächsten Generation absorbiert werden könnten, so daß sie sich mit unserem kosmopolitischen Volk vollständig verschmelzen. Unglücklicherweise können weder die Japaner noch die Chinesen mit der großen Masse unseres Volkes verschmolzen werden, und jeder Versuch in dieser Richtung wäre vergeblich. Unter den Umständen ist es daher natürlich, daß ein Vorurtheil gegen das Zusammenbringen der Kinder dieser Völker mit weißen Kindern besteht, weshalb der Staat Californien lokalen Schulbehörden die Machtbefugniß erteilt hat, überall da, wo es gewünscht wird, besondere Schulen für die Kinder von Japanern einzurichten, wo diese von fähigen Lehrern ebenso gründlich unterrichtet werden wie die Kinder weißer Eltern. In dem Falle der Japaner erscheint eine Trennung um so nothwendiger, weil viele Japaner, die unsere Schulen besuchen, viel älter sind als die weißen Schüler. Der Vertrag, auf den sich der Präsident in seiner Botschaft bezieht, verlangt nicht, daß die Kinder der Japaner mit unseren Kindern zusammen unterrichtet werden. Wenn wir ihnen Kindern Gelegenheit geben, sich eine gute Schulbildung anzueignen, so haben wir schon mehr gethan, als der Vertrag verlangt. Der Staat Californien, ein souveräner Staat der Vereinigten Staaten von Nordamerika, hat weder mit der Regierung von Japan, noch mit der von China Streit. Im Gegentheil, Californien hat vor beiden Ländern die größte Achtung und verurtheilt es eben so sehr, daß Amerikaner in Japan und China und Japaner und Chinesen in diesem Lande schlecht behandelt werden. Wir Californier wissen, daß es nur die unverantwortlichen und die gemeinen Elemente in China und Japan sind, die Amerikaner beleidigen und körperlich angreifen, und wir hoffen, daß es den Regierungen von Japan und China ebenso bekannt ist, daß es dieselben Elemente in Amerika sind, die die Untertanen dieser beiden großen Nationen beleidigen und angreifen. Doch so lange die Gerichte des Landes nicht anders entschieden haben, beansprucht der Staat Californien das Recht, unter dem Gesetz, Staats- und Landesgesetz, und unter dem Vertrag, seine Schulen so einzurichten und zu führen, wie es ihm am besten scheint, und zwar so, daß sowohl der Bundesregierung der Vereinigten Staaten wie auch den Untertanen fremder Länder die nothwendige Hochachtung bewiesen wird.“

Washington, 8. Jan. Das statistische Bureau des Handelsdepartements hat die auf den Manufaktur-Export der Ver. Staaten bezüglichen Zahlen der ersten 11 Monate des Jahres 1906 zusammengestellt. Aus diesen ergibt sich, daß der Export im ganzen Jahr 1906 \$700,000,000 überstieg hat, eine Summe, die noch nie vorher erreicht worden ist. 1876 betrug die Zahl \$150,000,000; 1886 \$145,000,000; 1896 \$258,000,000. Im Jahre 1876 machten die Manufakturwaren nur 20 Prozent des Gesamt-Exports aus; 1886 22 Prozent; 1896 30 Prozent; im Jahre 1906 bereits 42 Prozent. Etwa die Hälfte unserer Manufakturwaren geht nach Europa. Von den im Fiskaljahr 1906 exportirten Manufakturwaren in Höhe von \$686,000,000 gingen 318 Millionen nach Europa, 182 Millionen nach Canada, 79 Millionen nach Asien, 64 Millionen nach Südamerika, 30 Millionen nach Ozeanien und 13 Millionen nach Afrika. Von den 318 nach Europa gesandten Millionen fielen 73 Millionen auf bearbeitetes Kupfer, 46 Millionen auf Mineralöl, 44 Millionen auf Eisen- und Stahlfabrikate, 32 Millionen auf Holzwaren, 27 Millionen auf Leder und Lederwaren, 16 Millionen auf Schiffsmaterial und 13 Millionen auf Ackerbau-Verkaufe.

Streik in Sicht.

Forderung der organisierten Arbeiter der Holzindustrie Berlins.

Berlin, 8. Jan. Von einer sehr ernstlichen Störung ist die Berliner Holzindustrie, welche zur Zeit über 13,000 organisierte Arbeiter beschäftigt, bedroht. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat den am 14. ds. Mts. ablaufenden Tarifvertrag gekündigt und den Achtstundentag, Festsetzung eines Mindestlohnes von 27 Mark per Woche, sowie verschiedene andere Zugeständnisse gefordert. Trotz langer Verhandlungen vor dem Gewerbegericht ist eine Einigung nicht erzielt worden und beide Parteien haben sich für den Kampf gerüstet. Falls nicht noch in letzter Stunde ein Ausgleich zu Stande kommt, werden die Arbeitgeber ihre Arbeitskräfte am 12. ds. Mts. schließen.

Griechen machen Radau.

San Francisco, 7. Jan. Etwa 1400 Griechen, die als Arbeiter in Diensten der hiesigen Straßenbahngesellschaft stehen, legten gestern Mittag plötzlich die Arbeit nieder und griffen einen Aufseher, Namens Maurice Budley, an, der zwei von den Arbeitern entlassen hatte. Dieser suchte in einer Wehrschiff, die von den empörten Arbeitern besetzt worden wurde, Schutz. Bei dem Radau wurde ein Mann getödtet und sieben wurden verhaftet.

Keine Autokratie

Korater's scharfe Rede im Bundes Senat.

Die Entlassung der Farbigen.

Der streitbare Senator von Ohio macht dem Präsidenten den Vorwurf, daß er sich über das Gesetz gestellt und sich Machtbefugnisse angemahnt hat, die ihm nicht zustehen. — Die Entlassung der farbigen Mannschaften von drei Compagnien des 25. Infanterieregiments war nach Korater's Ansicht ungerechtfertigt. — Nach einem Bericht des statistischen Bureaus im Handelsdepartement hat unser Export 700 Millionen überschritten.

Washington, 8. Jan. Bekannte Führer im Bundes Senat erklärten gestern nach Schluß der Debatte über die von dem Präsidenten verfügte summarische Entlassung der farbigen Mannschaften von drei Compagnien des 25. Infanterieregiments, daß auf ein Verleihen der zwischen Korater und Lodge dieserhalb schwebenden Streitfragen nicht zu hoffen ist. Nachdem Senator Gearin gestern eine längere Rede gehalten hatte, folgte Senator Lodge mit einer Rede zur Vertheidigung des Präsidenten. Korater meldete sich zum Wort sobald Lodge fertig war und sagte unter anderem etwa folgendes: „In diesem Lande giebt es keine Autokratie, keine autokratische, diktatorische, unbeschränkte Macht, nein, diese hat nicht einmal der Höchstkommandirende der Armee. Jede Machtbefugniß wird nur von der Constitution verliehen. Wenn das, was hier gesagt worden ist, wahr ist, muß es eine Verleumdung gegeben haben, an der so Viele theilhaftig waren, daß die ganze Criminalgeschichte des Landes ähnlichen Fall kennt. So etwas kann sich nicht ereignen, wird sich nie ereignen und hat sich nie ereignet. Man kann nicht einen einzigen Fall anführen, daß ein Soldat schimpflich entlassen worden ist, der seine Unschuld behauptet und der weder prozessirt noch dessen Schuld sonst erwiesen ist. Steht der Präsident über dem Gesetz? Kann er das Gesetz ignorieren? Betreffe des sechsten Ohio Regiments möchte ich irgend Jemand fragen, weshalb dieses Präcedenzfall angeführt worden ist. Es war das tapferste Regiment, das jemals die Uniform der Vereinigten Staaten getragen hat.“

Washington, 8. Jan. Das statistische Bureau des Handelsdepartements hat die auf den Manufaktur-Export der Ver. Staaten bezüglichen Zahlen der ersten 11 Monate des Jahres 1906 zusammengestellt. Aus diesen ergibt sich, daß der Export im ganzen Jahr 1906 \$700,000,000 überstieg hat, eine Summe, die noch nie vorher erreicht worden ist. 1876 betrug die Zahl \$150,000,000; 1886 \$145,000,000; 1896 \$258,000,000. Im Jahre 1876 machten die Manufakturwaren nur 20 Prozent des Gesamt-Exports aus; 1886 22 Prozent; 1896 30 Prozent; im Jahre 1906 bereits 42 Prozent. Etwa die Hälfte unserer Manufakturwaren geht nach Europa. Von den im Fiskaljahr 1906 exportirten Manufakturwaren in Höhe von \$686,000,000 gingen 318 Millionen nach Europa, 182 Millionen nach Canada, 79 Millionen nach Asien, 64 Millionen nach Südamerika, 30 Millionen nach Ozeanien und 13 Millionen nach Afrika. Von den 318 nach Europa gesandten Millionen fielen 73 Millionen auf bearbeitetes Kupfer, 46 Millionen auf Mineralöl, 44 Millionen auf Eisen- und Stahlfabrikate, 32 Millionen auf Holzwaren, 27 Millionen auf Leder und Lederwaren, 16 Millionen auf Schiffsmaterial und 13 Millionen auf Ackerbau-Verkaufe.

Streik in Sicht.

Forderung der organisierten Arbeiter der Holzindustrie Berlins.

Berlin, 8. Jan. Von einer sehr ernstlichen Störung ist die Berliner Holzindustrie, welche zur Zeit über 13,000 organisierte Arbeiter beschäftigt, bedroht. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat den am 14. ds. Mts. ablaufenden Tarifvertrag gekündigt und den Achtstundentag, Festsetzung eines Mindestlohnes von 27 Mark per Woche, sowie verschiedene andere Zugeständnisse gefordert. Trotz langer Verhandlungen vor dem Gewerbegericht ist eine Einigung nicht erzielt worden und beide Parteien haben sich für den Kampf gerüstet. Falls nicht noch in letzter Stunde ein Ausgleich zu Stande kommt, werden die Arbeitgeber ihre Arbeitskräfte am 12. ds. Mts. schließen.

In einem von Senatoren und Congreßabgeordneten südlicher Staaten im Bundescapitol zu Washington abgehaltenen Caucus kam man dahin überein, zu empfehlen, daß das von der Regierung geplante neue Unterstaatsamt nach Birmingham, Ala., verlegt werde.

Immer frecher.

Kongo Lobby bleibt in Washington thätig.

Brief an Senator Morgan.

Aus einem Schreiben des Generalconsuls Whiteley geht hervor, daß der Versuch gemacht werden soll, das Senatscomité für auswärtige Angelegenheiten, dessen Vorsitz Senator Morgan ist, im Interesse des Königs von Belgien zu bearbeiten. — Ein diesem Schreiben beigefügtes Pamphlet ist weiter nichts, als eine ungedruckte Fälschung des französischen Originals. Da König Leopold das Schreiben nicht desonoriert hat, muß es als offiziell angesehen werden.

New York, 8. Jan. Nach einer Mittheilung des hiesigen „Morning Journal“ sind dem Senatscomité für auswärtige Angelegenheiten weitere Beweise zugestellt worden, aus denen hervor geht, daß nicht nur der verfloren, sondern auch der jetzige Congreß, der augenblicklich in Sitzung ist, im Sinne des Königs von Belgien in der „Kongo Angelegenheit“ gearbeitet worden ist. Dieses geht aus einem Schreiben des Generalconsuls vom Kongo, Gustavus Whiteley, hervor, das dieser am 6. December vorigen Jahres Senator Morgan von Alabama, dem Vorsitzenden des Senatscomités für auswärtige Angelegenheiten, zugehen ließ. Wie in dem „Morning Journal“ des weiteren mitgetheilt wird, heißt es in diesem Briefe, daß der Schreiber mit Rücksicht auf die Entwicklung amerikanischer Interessen im Kongo dem Senator ein Pamphlet übersendet, welches u. A. die neuen Gesetze enthält, die auf Grund der künftigen Dekrete vom 3. Juni 1903 in Kraft getreten sind. Auf Grund dieser Gesetze wird die Kongo-Regierung keinen Eingeborenen mehr zwingen, für eine Handels-Gesellschaft zu arbeiten, auch ist der Gebrauch bewaffneter Aufseher abgeschafft. Das Pamphlet handelt ferner von Reformen, die den Beweis erbringen, daß die gegen die Verwaltung des Kongo erhobenen Anklagen „übertrieben oder isolirt“ sind. Schließlich heißt es in dem Briefe, daß die Kongo-Verwaltung Leopolds nicht nur in Belgien, sondern auch von den Missionären im Kongo ausgehoben wird. Die Missionäre, welche die Regierung abfällig kritisiren, zählen etwa 50, während die übrigen, deren Anzahl sich auf ungefähr 400 beläuft, mit der Verwaltung einverstanden sind. Wenn König Leopold den Brief nicht desonoriert, so muß dieser als offizielle Zuschrift an ein Mitglied des amerikanischen Congresses seitens des Monarchen, welcher durch Whiteley vertreten wird, betrachtet werden. Die „amerikanischen Interessen“, auf welche sich der Generalconsul bezieht, sind hauptsächlich nichts weiter als die Gewährung einer unschätzbaren Concession an Thomas F. Khan und Genossen. Da Staatssecretär Root lange Jahre der Anwalt Khan's war, hat er sich bislang nicht bemüht gesehen, einzuschreiten und dem Consul seine Pässe zuzustellen. Das Pamphlet, welches der Generalconsul dem Senator übersendet, betitelt sich: „Die neueste Phase der Kongo-Frage“ und ist eine in Baltimore, dem Wohnort Whiteley's, angefertigte Uebersetzung aus dem französischen Original. Auf den ersten Blick findet man, daß die Uebersetzung eine unerschämte Fälschung ist. Im Original heißt es, daß die einschließlichen Berichte über Grausamkeit, Mord, Sklaverei und Unterdrückung über jeden Zweifel bekräftigt sind und daß dem König der Belgier empfohlen wird, die schuldigen Beamten zu bestrafen. In der Uebersetzung heißt es frech: „daß die Anklagen gegen die Verwaltung des Kongo stark übertrieben wurden.“ Das Pamphlet wimmelt von Erfindungen und Fälschungen. Es könnten Hunderte solcher Fälschungen hier angeführt werden, doch soll eine genügen. In einem Theil des offiziellen Berichtes heißt es: „Wenn dieses System, welches die Eingeborenen zwingt, die 3000 Arbeiter in Leopoldville zu erhalten, fünf Jahre fortgesetzt wird, so muß es den District vernichten.“ Der finstige Uebersetzer macht daraus folgendes: „Wenn dieses System, welches die Eingeborenen zwingt, die 3000 Arbeiter in Leopoldville zu erhalten, durch fünf Jahre fortgesetzt wird, wird das der Zustand der Bevölkerung des Districts sein“, was natürlich leere Phrasen ist.

Wichtige Dokumente verbrannt.

Beoria, Ill., 8. Jan. Einbrecher sprengen gestern den Sicherheitsschrank, in dem die vom früheren Superintendanten der städtischen Schulen N. C. Dougherty, der im Zuchthaus zu Joliet eine langjährige Freiheitsstrafe verbüßt, gesammelten Dokumente aufbewahrt wurden. Diese Dokumente sind mit anderen wichtigen Dokumenten verbrannt und \$96 in baarem Gelde gestohlen.